

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 000.

Anzeigenpreis: Die 7spaltige Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Plagvorkurs 1.50 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familienanzeigen 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer Freitag 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4500 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Friedensschluß und Auslieferungsfrage.

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Die unterzeichneten Organisationen, die teils gemeinsam, teils selbständig, bereits Aktionen gegen das Betriebsrätegesetz eingeleitet haben, treten zur Verstärkung dieser Aktionen mit folgendem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit:

Die Gegenrevolution sucht eine revolutionäre Bewegung nach der andern niederzuschlagen. Nachdem durch die Abwürgung der Soldatenräte die militärische Macht wieder der alten Soldaten unter neuer Führung anfallen war, hat sie die politische Organisation des revolutionären Proletariats, die Betriebsräte, vernichtet.

Zieht will die Konterrevolution ihre Werkzeuge, indem sie den revolutionären erlangenen Einfluß der Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gesetzgebung bricht.

Das Betriebsrätegesetz soll alle Gedanken an eine soziale Revolution endgültig zerstören. Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte wird deshalb von den revolutionären Kopf- und Handarbeitern als ein revolutionärer Versuch zurückgewiesen.

Das Gesetz zerschneidet das Proletariat! Es trennt die Angestellten wieder von den Arbeitern. Es macht das Bestimmungsrecht der Arbeitenden über ihre Einstellung und Entlassung zu leerem Schall, indem es nur ein nachträgliche, unvollständiges Beschwerderecht gewährt.

Das Gesetz zerschneidet die Arbeiter und Angestellten aus der Kontrolle der Betriebsführung und Betriebsleitung völlig aus. Es macht die Betriebsräte zu bloßen Anhängern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums.

Die kapitalistische Produktionsweise ist völlig zerstört. Die Löhne müssen sinken, die Verhältnisse der Unterernährung! Millionen sind arbeitslos, dem Elend und dem Tod preisgegeben! Aberlaufende müssen feiern, weil keine Kosten für die Betriebe bezahlt werden. Die Eisenbahnen verfallen immer mehr.

Die Verwirrung der Wirtschaft ist ärger denn je, und mit dem Anwachsen des politischen Einflusses der Gegenrevolution geht eine maßlose Preiserhöhung einher. Deshalb kann nur eine Umgestaltung der Produktionsweise von Grund auf den allgemeinen Zusammenbruch verhindern und den Neuaufbau der Wirtschaft ermöglichen. Diese weitestgehende Umgestaltung der Produktionsweise im sozialistischen Sinne erfordert die 100prozentige Mitarbeit aller Hand- und Kopfarbeiter und ihrer Vertreter in den Betrieben. Dazu sind nur Betriebsräte imstande, die mit den nötigen Rechten ausgestattet sind.

Wir fordern daher das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung. Die schaffenden Menschen, die Arbeiter und Angestellten, müssen durch ihre Repräsentanten darüber bestimmen, ob Betriebe abgebaut werden dürfen oder nicht, was und wieviel von jedem Produkt hergestellt wird, welche Preise gefordert werden, wie Kosten, Holz- und Hilfsstoffe verteilt werden, was ein- und ausgeführt wird.

Diese umfassende Kontrolle kann nur erreicht werden im Kampfe gegen das Unternehmertum in jedem Betriebe und gegen die Staatsmacht, die die Unternehmer durch Notengeld durch die Parlamente und durch die Gerichte gegen die Arbeiter schützt.

Die Ratifizierung des Vertrages von Versailles.

Paris, 10. Januar. (W. F. A.) Heute nachm. 4 Uhr unterzeichneten am Dual d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simon und Freiherr von Ferner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rats das Protokoll vom 1. November. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Bekräftigung über die Verabreichung der Schadenersatzforderung für Spaas Flow. Damit ist der Frieden in Kraft gesetzt. Clemenceau erklärte, daß noch heute abend der Befehl zur Heimführung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird.

Weiter wird aus Paris gemeldet: Die Sonnabendnachmittag um 1/5 Uhr erfolgte Unterzeichnung des Protokolls und der Austausch der Ratifikationsurkunden vollzog sich ohne jeden Zwischenfall. Auf dem Dual d'Orsay hatte sich eine größere Menge angeammelt, die von einem zahlreichen Volkspolizeibataillon in Ordnung gehalten wurde. Clemenceau und Louis George wurden stürmisch begrüßt. Die Ankunft der deutschen Delegierten v. Lersner und Simon vollzog sich fast unbemerkt. Sie wurden zunächst ins Arbeitskabinett Michons geführt, wo sie das Protokoll unterzeichneten und darauf den von Clemenceau geschriebenen Brief in Empfang nahmen. Darauf gingen sowohl die deutschen als die Entente-Delegierten in den Hofsaal, wo eine hufeisenförmige Tafel aufgestellt war. Diesmal nahmen die deutschen Delegierten nicht an einem besonderen Tisch Platz, sondern an der allgemeinen Tafel. In der Mitte des Saales war ein Tischchen aufgestellt, auf dem die Ratifikationsurkunden von allen Delegierten unterzeichnet wurden. Als dies geschehen war, drückten die 26 Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte Lersner und Simon die Hand zum Zeichen, daß der offizielle diplomatische Verkehr wieder aufgenommen sei. Der amerikanische Botschafter Baker nahm nur an der Unterzeichnung des Protokolls teil. Beim Austausch der

Es gilt den Kampf, um revolutionäre Betriebsräte in allen Betrieben voranzutreiben oder erneut aufzunehmen. Die Räte aller Arbeiter und Angestellten müssen für diese Forderung begeistert werden.

Nur im Kampf wird das Proletariat sein Recht erringen können. Die nächsten Tage werden mit der parlamentarischen Entscheidung über das Betriebsrätegesetz einen Höhepunkt dieses Kampfes bilden. Diese parlamentarische Aktion der Gegenrevolution muß nicht nur im Parlament allen erdenklichen Widerstand finden, sie muß auch im Lande Massaktionen in immer gesteigertem Maßstab auslösen.

Zertrümmerung und Notstand haben schon jetzt große Wirtschaftskrisen und ganze Verufe zu Streikaktionen gezwungen. Hunderte Betriebe und andere Verufe stehen im Begriffe, durch Protestkämpfe ihre Existenz über die drohenden Entschlüssen der Betriebsräte zu sichern. In Massenversammlungen und Umzügen wird das Proletariat demonstrieren gegen die heillosen und gescheiterten Versuche des Abgebendens, den sich das revolutionäre Proletariat nicht annehmen lassen will.

Zertrümmerung und Notstand haben schon jetzt große Wirtschaftskrisen und ganze Verufe zu Streikaktionen gezwungen. Hunderte Betriebe und andere Verufe stehen im Begriffe, durch Protestkämpfe ihre Existenz über die drohenden Entschlüssen der Betriebsräte zu sichern. In Massenversammlungen und Umzügen wird das Proletariat demonstrieren gegen die heillosen und gescheiterten Versuche des Abgebendens, den sich das revolutionäre Proletariat nicht annehmen lassen will.

Proletariat in Stadt und Land, Angestellte und Arbeiter! Folgt dem Beispiel eurer Mitkämpfer. Steht zum Protest! Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz. Ihr das revolutionäre Proletariat! Kämpft euch revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben!

Zentrale der Betriebsräte: Kommunistische Partei Deutschlands (Zentralbüro). Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Der Berliner Vollzugsrat gegen das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 12. Januar. (U.) Der unabhängige Vollzugsrat hat zum Betriebsrätegesetz in folgender Entschliessung Stellung genommen:

Die Versammlung erkennt in dem von der Regierung und dem Ausschusse der Nationalversammlung aufgestellten Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte einen gemeingefährlichen Versuch, die Arbeiterkraft um die noch vorhandenen spärlichen Reste der durch die Novemberrevolution erlangenen Freiheit zu bringen, die Arbeiterkraft erneut in Fesseln zu schlagen und sie zum wehrlosen Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Reaktion zu machen. Sie fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, mit allen Kräfte das Treiben der kapitalistischen Reaktion und ihrer Gefolgschaft, den Rechtssozialisten, entgegenzutreten. Dies kann nur wirksam geschehen durch den Zusammenschluß aller Arbeiter und Angestellten zu einer revolutionären Kampforganisation, die für die Wahl wahrhaftig revolutionärer Betriebsräte zu sorgen hat. Diese Betriebsräte haben die Pflicht, den ganzen Produktionsprozeß zu überwachen und für ihre Überleitung in eine nationale Produktion Sorge zu tragen.

Notifikationsurkunden war er nicht anwesend. Am Abend begab sich Simon und ein Teil der Sachverständigen nach Berlin. Ferner reist am Sonntag oder Montag ab, um dem Kabinett Vortrag zu halten, und wird in acht Tagen wieder zurückkehren. Man nimmt an, daß die erste Sitzung des Rätebundes etwa um den 10. stattfinden wird, ebenso die erste Sitzung der Wiederanmachungskommission. Als deutscher Delegierter bleibt nach wie vor Interimssekretär Bergmann in Paris.

An der erfolgten Erörterung des ersten Protokolls über die Niederlegung von Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag haben außer Deutschland folgende Signatarmächte des Vertrages teilgenommen: das britische Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Dänemark, Brasilien, Guatemala, Kanada, Peru, Polen, Siam, die Tschechoslowakei und Uruguay.

Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Paris, 12. Januar. (U.) Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Protokolls am Sonnabend trat die Gefangenenausschuss zusammen und besprach die Maßregeln, die für den Rücktransport von 350 000 Gefangenen notwendig sind. Mit dem Rücktransport wäre schon am Sonnabend begonnen worden, wenn die von Deutschland zu stellenden Waggons zur Stelle gewesen wären. So konnte der Rücktransport erst am Sonntag beginnen. Die deutschen Nachschiffen dürfen französischen Boden nicht betreten. Die Hilfe werden in Frankreich von französischem, in Belgien von belgischem Personal geleistet.

Vor einer Kabinettskrise?

Die Witzgerichten gegen die Auslieferung. Berlin, 11. Januar. In Berliner Kreisen, die der Regierung sehr nahe stehen und erklären, auf das genaueste über die Verhältnisse in der Regierung orientiert zu sein, wird mit großer Be-

stimmtheit die äußerst interessante Nachricht berichtet, daß die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung eine schriftliche Erklärung niedergelegt hätten, in der sie versichern, daß sie im Augenblick der Abreise aus der Reichsregierung aus der Regierung auscheiden würden. Diese Erklärung werden als zweckmäßige Abwehrmaßnahme des unabhängigen sozialdemokratischen Ministers vertrieben. Die Regierung beweist sie zwar offiziell, aber es ist bezweifelnd, daß es ihr gleichzeitig nicht gelangt, auch nur die Gerichte von einem bevorstehenden Abtritt des Reichsministers im Zusammenhang mit der Auslieferungsfrage zum Schweigen zu bringen. Man wird deshalb den Demittis der Regierung wenig Chancen zuschreiben können und sich darauf gefaßt machen, daß nach der Abreise der Auslieferungsausschüsse, die wenige Wochen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgen dürfte, wie vor einer neuen Kabinettskrise stehen. Die realistischen Kreise bemühen sich, durch intensive Arbeit die Situation zu verbessern. Die geordneten Mütter der Sozialdemokratie und der Sozialen Volkspartei haben sich mit langen Vorträgen über die Zukunft der Arbeiterbewegung. Die Regierungspresse bemüht sich, indem sie über den Wind im westlichen Meer immer noch nicht hat, eine gewisse Unsicherheit zu verbreiten. Die geordneten Mütter der Sozialdemokratie bemühen sich, dem man sich auf Grund dieses Schicksals eine Stimmung zu erziehen, mit der man die Arbeiterbewegung vernachlässigen kann. Der Einfluß der bürgerlichen Regierungsausschüsse ist also nicht nur hinsichtlich der Reichsregierung, sondern auch in der Form eines Abtritts an die Reichsregierung dar, und es dürfte ein Abtritt der Arbeiter sein, zu erleben, wie die Herren Reichsminister sich selbst allein auf weiter Flur von allen anderen verließen haben werden, und dann wird Herr Wolff vielleicht erkennen, wozu die Arbeiterkraft er in seiner Ministerkammer heiligt. Haben doch auch die sozialistischen Parteien die Arbeiterkraft zu ihren Mächten die Frage gestellt, ob die Regierung etwa wieder wollte den Soldaten und Militären zuwenden, die Kriegshilfen auszusprechen. Die sozialistische Situation dürfte in dem Augenblick erst noch kritisch werden, und die revolutionäre Arbeiterkraft hat alle Ursache, auf die Folgen zu achten und bereit zu sein.

Die sozialistische Arbeiterbewegung des freien Spiels, der Arbeiterkraft und der sozialistischen Arbeiterkraft sind nicht immer vorzuziehen. Es ist selbstverständlich, daß die Ententekräfte schon aus Verlegenheiten es nicht erlauben zu können, daß sich die Arbeiterkraft der Sozialdemokratie als Preisversteigerung — nämlich das gesamte Reich der Sozialdemokratie — unerschütterlich bleibt. Deshalb werden unter weiteren verändernden Umständen und die schweren Nachteile einer militärischen Forderung auch des Arbeiterkraft nicht erspart bleiben. Es erscheint notwendig, schon heute daran zu erinnern, daß die Arbeiterkraft und die weitere Durchsetzung der Kriegsgefangenen dann denjenigen zu danken haben werden, die noch ihren Behauptungen die Vaterlandsliebe in aktiverer Gestalt haben.

(Siehe auch den heutigen Vortragsartikel)

Aufhebung der Offsee-Blockade.

Berlin, 12. Januar. (U.) Nach einer von der Marinekommission eingetragenen Drucksache ist die Offsee-Blockade seit Sonnabend nachmittags aufgehoben. Die ersten deutschen Schiffe sind bereits ausgelaufen.

Geschleerte Einigung in Danzig.

Berlin, 12. Januar. (U.) Eine Drucksache der P. A. Ein gemeinsamer Parteitag der beiden sozialdemokratischen Parteien in Danzig nahm zu dem Einigungsprogramm Stellung. Nach Stundenlanger Aussprache wurde, wie ein Telegramm des Vorwärts meldet, der Antrag der Unabhängigen, der eine Verifikation des ursprünglichen Einigungsprogrammes bewirkt, abgelehnt. Die Einigung kam infolgedessen zum Scheitern.

Zur Spaltung der Zentrumspartei.

Der Austritt der bayerischen Zentrumskräfte aus der Zentrumstraktion der Nationalversammlung hat zur Folge, daß die Zentrumstraktion der Nationalversammlung 18 Mandate verliert und infolgedessen an Stärke hinter die Demokratische Partei zurücktritt. Außerdem wird wahrscheinlich eine Änderung in der Regierungszusammensetzung erfolgen, da der jetzige Reichsminister Dr. Mayer-Kaupfer, Mitglied der bayerischen Volkspartei ist. Man nimmt an, daß er sich Amt niederlegen wird.

Übrigens hat sich in Danzig eine „Königsparthei“ gebildet, die offen die Wiedererrichtung der Wittelsbacher Dynastie betreibt. — Die Reaktion ist im ersten Fortschritt.

Keine Durchreise Radeks durch Polen.

Thorn, 10. Januar. Alle baltischen Zeitungen, an der Spitze Gazeta Warszawska, berichten die von deutschen Mächten gebrachte Meldung, daß die polnische Regierung sich mit der Durchreise Radeks durch Polen einverstanden erklärt und ihm einen Offizier an die Grenze entsandt habe. Wie die baltischen Medien, verhält sich die polnische Regierung in dieser Sache nach wie vor durchaus ablehnend.